

**Die Staatsbeamten und die Teuerung.**

Die österreichischen Staatsbeamtenvereine haben zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen eine ständige Vertretung ins Leben gerufen, die die gesamte Staatsbeamtenschaft Österreichs umfaßt. Die ständige Vertretung der österreichischen Staatsbeamtenvereine hat in ihren letzten Sitzungen beschlossen, ungehäumt Schritte bei der Regierung und dem Parlamente zur Linderung der Not, die infolge der Teuerung die Staatsbeamtenschaft ergriffen hat, zu unternehmen und ist dabei von folgenden Gesichtspunkten geleitet. Die wirtschaftliche Lage der Staatsbeamten ist infolge der rießigen Teuerung zu einer verzweifelten geworden. Die bisher vom Staate geleistete Nothilfe vermag der Not der Staatsbeamten in keiner Weise abzuwehren. Die gesamte bisherige Teuerungszulage beträgt bei einem ledigen Staatsbeamten der 11. Rangklasse monatlich 16 Kronen 33 Heller, der 7. Rangklasse monatlich 19 Kronen. Bei einem verheirateten kinderlosen Beamten der 11. Rangklasse monatlich 28 Kronen, der 7. Rangklasse monatlich 50 Kronen. Bei einem verheirateten Beamten mit zwei Kindern der 11. Rangklasse monatlich 39 Kronen, der 7. Rangklasse monatlich 79 Kronen. Daß mit einer solchen Teuerungszulage, die 50 Heller bis 2 Kronen 60 Heller täglich beträgt, der heutigen Preissteigerung nicht begegnet werden kann, leuchtet ohneweiters ein. Jetzt hat die Regierung den Beamten bis zur 7. Rangklasse einen einmaligen Zuschuß von 120 Kronen bis 300 Kronen bewilligt. Was mit solchen Beträgen in einer Zeit geleistet werden kann, wo ein Anzug allein 250 bis 300 Kronen kostet, braucht nicht erst ausgesührt zu werden. Die Staatsbeamten hatten die berechnete Erwartung auf eine ausreichende Erhöhung der Teuerungszulage gesetzt. Der jetzt gewährte einmalige Zuschuß von 120 bis 300 Kronen entspricht diesen

Erwartungen keineswegs, sondern muß als ganz und gar unzulänglich bezeichnet werden. Die Folgen der unter den Staatsbeamten herrschenden Not zeigen sich schon jetzt in erschreckender Weise: Unterernährung, Nachlassen der körperlichen und geistigen Spannkraft, zunehmende Verschuldung, rasches, unfehlbares Hinabgleiten in das Elend. Die ständige Vertretung der österreichischen Staatsbeamtenvereine hält es daher für ihre Pflicht, an die Regierung und das Parlament mit der dringenden Bitte um schleunige Nothilfe heranzutreten.